

Niedersächsischer Landtag  
Abgeordneter Klaus Schneck

**Klaus Schneck, MdL**

Landtagsabgeordneter für Gifhorn Nord / Wolfsburg

---

MdL-Büro Klaus Schneck  
Mitarbeiter: Jan Schwarz

Heinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

Telefon: 05834 - 530185  
0511 - 30303348

e-mail: klaus.schneck@lt.niedersachsen.de

---

Hannover, 09.06.2010

P  
R  
E  
S  
S  
E  
M  
I  
T  
T  
E  
I  
L  
U  
N  
G

## „Nun ist klar, dass eine IGS nicht ausreicht“

**Der SPD Landtagsabgeordnete Klaus Schneck bekräftigt seine Forderung nach einer zweiten IGS im Landkreis Gifhorn. „Die Zahlen in der heutigen Presse lassen befürchten, dass fast jeder zweite Bewerber keinen Platz in der IGS finden wird. Nun ist klar, dass eine IGS für den Landkreis Gifhorn nicht ausreicht“, so Schneck.**

„Heute beginnt die Zitterpartie für viele Eltern und Schüler im Landkreis Gifhorn. Nach Presseberichten wurden 286 Termine für Vorstellungsgespräche an der IGS Sassenburg vereinbart. Da aber nur 150 Plätze zur Verfügung stehen wird fast der Hälfte der Bewerber die schulische Zukunft an einer Gesamtschule per Los verbaut. Dies beweist, dass es einen Bedarf für eine zweite IGS im Landkreis Gifhorn gibt“, so Schneck.

„Die Eltern im Landkreis Gifhorn haben mit den Füßen für die IGS gestimmt, nun muss es schnell eine zweite IGS im Landkreis Gifhorn geben. Niemand in politischer Verantwortung im Kreis kann sich jetzt noch gegen eine Diskussion über die Einrichtung einer zweiten IGS verwehren. Jetzt muss ein Verfahren in Gang gesetzt werden, damit es im nächsten Jahr ausreichend Gesamtschulplätze für alle Bewerber gibt“, so Schneck.

„Das Beispiel Gifhorn ist ein weiterer Beleg für die verfehlte Bildungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung. Der ideologische Kampf der CDU für die Dreigliedrigkeit und ihre Verhinderungsstrategien gegen neue Gesamtschulen richten sich klar gegen den Willen von Eltern und Schülern. Die Landesregierung muss endlich die Hürden für neue Gesamtschulen abbauen. Die Voraussetzungen zur Gründung von einer neuern IGS benachteiligen insbesondere ländliche Regionen wie den Kreis Gifhorn“, so Schneck.